WEITBlick (AWO



International e.V.

Magazin für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit



EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Verleihung des Alternativen Nobelpreises im September 2018 an die beiden profilierten Anti-Korruptionskämpfer*innen Ivan Velasquez und Thelma Aldana hat die dramatische Menschenrechtssituation in Guatemala ins Blickfeld gerückt. Die beiden Preisträger*innen leiteten seit 2014 die Internationale Kommission gegen Straffreiheit in dem kleinen zentralamerikanischen Staat. Nachdem sie für 300 Verurteilungen und 34 Gesetzesreformen gesorgt haben, ist für sie ein Leben in Guatemala nicht mehr möglich.

Fehlende Rechtsstaatlichkeit, Alltagsgewalt und mangelnde Arbeitsplätze sind Gründe, warum sich aktuell Tausende Menschen aus Honduras, El Salvador und Guatemala auf den Weg in Richtung Mexiko bzw. USA machen. Mit unserer Arbeit klären wir Migrant*innen über ihre Rechte auf und unterstützen Familien, die ihrerseits Migrant*innen verpflegen und ihnen ein Nachtlager bieten.

Ein weiterer Alternativer Nobelpreis ging an den Landwirt Yacouba Sawadogo aus Burkina Faso. Er entwickelte eine Methode, um unwirtliches Land wieder in Waldgebiet zu verwandeln. Damit kann die weitere Wüstenbildung in der Sahelzone gestoppt werden. Bekannt ist diese wirksame und preiswerte Methode auch bei unseren neuen Partnern in Uganda, mit denen wir ab 2019 zusammenarbeiten werden.

Alle Alternativen Nobelpreisträger*innen setzen sich für Menschenrechte, den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen oder das Gemeinwohl ein. Gerade in politisch schwierigen Zeiten machen sie uns Mut und zeigen, dass Veränderungen zum Guten möglich sind. Dafür werden wir uns auch im Jahr 2019 einsetzen.



Herzlichst, Ihre

lugid Ulles

Ingrid Lebherz Geschäftsführerin

TITEI BILD

Das Einkommen von Kleinfischer Norbhen Costaño reicht kaum, um seine Familie zu ernähren. Kommerzielle Fischereiflotten bedrohen die Existenz lokaler Fischer und sorgen für eine ökologische Katastrophe.





- PLASTIKMÜLL STATT FISCH
- Mittelamerika Mexiko EINE WARME MAHLZEIT AUF DER DURCHREISE
- Afrika Uganda UNSER ENGAGEMENT IN AFRIKA UNTERSTÜTZEN!
- Globales Lernen Agenda 2030 WER HUNGER BEKÄMPFEN WILL, MUSS GLEICHHEIT ERMÖGLICHEN
- **20 JAHRE AWO INTERNATIONAL**
- Kurz notiert

"Das Recht auf Nahrung ist das Recht, unmittelbar oder durch finanzielle Mittel einen regelmäßigen, dauerhaften und freien Zugang zu einer qualitativ und quantitativ ausreichenden Nahrung zu haben, die den kulturellen Traditionen des Volkes entspricht, dem der Verbraucher angehört, und die ein physisches und psychisches, individuelles und kollektives, befriedigendes und menschenwürdiges Leben ermöglicht, das frei ist von Angst."

Jean Ziegler

DAS RECHT AUF NAHRUNG

Von allen Menschenrechten ist das Recht auf Nahrung dasjenige, welches auf unserem Planeten sicherlich am häufigsten, am zynischsten und am brutalsten verletzt wird. Der Hunger ist ein organisiertes Verbrechen. Der jährliche Hungertod von mehreren zehn Millionen Männern, Frauen und Kindern ist der Skandal unseres Jahrhunderts. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Und das auf einem Planeten, der grenzenlosen Überfluss produziert. In ihrem augenblicklichen Zustand könnte die Weltlandwirtschaft problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren. Insofern ist die Situation alles andere als unabwendbar. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet. Dieser Massenvernichtung begegnet die öffentliche Meinung des Westens mit eisiger Gleichgültigkeit. Allenfalls reagiert sie mit zerstreuter Aufmerksamkeit, wenn die Katastrophen besonders sichtbar werden.

Das Erwachen des westlichen Gewissens

Die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, des Naziterrors, der Vernichtungslager, des gemeinsamen Leidens und Hungerns führten zu einem außerordentlichen Erwachen des europäischen Gewissens. Die im Juni 1945 geschaffene Organisation der Vereinten Nationen (UNO) gründete schon bald die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) und, etwas später, das World Food Programme (WFP, Welternährungsprogramm). 1946 begann die UNO ihren ersten weltweiten Feldzug gegen den Hunger. 1948 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die in Artikel 25 das Recht auf Nahrung feststellt. Ein bemerkenswerter Augenblick! Doch leider ein sehr kurzer. Innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, aber auch innerhalb zahlreicher Mitgliedstaaten gab es (und gibt es) mächtige Feinde des Rechts auf Nahrung. Ohne ausreichende Mittel für den Kampf gegen den Hunger fristen FAO und WFP ihr

Eine kannibalische Weltordnung

Die hungernden Völker der südlichen Hemisphäre werden von neuen Geißeln heimgesucht: Landraub durch Biotreibstoff-Trusts und Börsenspekulationen auf Grundnahrungsmittel. Die erdumspannende Macht der transkontinentalen Agrokonzerne und der Hedgefonds – der Fonds, die auf Nahrungsmittelpreise spekulieren – übersteigt die der Nationalstaaten und aller zwischenstaatlichen Organisationen. In den Führungsetagen dieser Unternehmen wird über Leben und Tod der Bewohner unseres Planeten entschieden.

Und was ist von den Verantwortlichen zu halten? Den Herren der Nahrungsmittelkonzerne, den gewichtigen Führern der Welthandelsorganisation (WTO), des Internationalen Währungsfonds (IWF), den westlichen Diplomaten, den Spekulationshaien und den Geiern des "grünen Goldes", die behaupten, der Hunger sei ein natürliches Phänomen, das nur von einem total liberalisierten und privatisierten Weltmarkt besiegt werden könne? Der schaffe zwangsläufig Reichtümer, in deren Genuss dann ganz von alleine auch die vielen Millionen Hungernden kämen. Die Ideologien verschleiern die Wirklichkeit. Und das Verbrechen breitet sich im Schutz dieser Tarnung aus.

Warum wir weiter kämpfen müssen

Der Planet bricht unter seinen Reichtümern zusammen. Wir haben es hier also nicht mit einem schicksalhaften Geschehen zu tun. Wenn eine Milliarde Menschen Hunger leidet, liegt es nicht an einer zu geringen Nahrungsproduktion, sondern daran, dass so viele Menschen keinen Zugang zu dieser Nahrung haben. Der Skandal der ungerechten Verteilung ist ungeheuerlich. Die vielen hundert Millionen Menschen, die sich der Vernichtung durch Hunger ausgeliefert sehen, sind auf unsere rückhaltlose Solidarität angewiesen.

Bleibt die Frage: Wie erschlagen wir das Ungeheuer? Vorsätzlich totgeschwiegen von der öffentlichen Meinung des Westens erwachen in der ländlichen Bevölkerung der südlichen Hemisphäre vor aller Augen revolutionäre Kräfte. Transnationale Bauerngewerkschaften, Zusammenschlüsse von Landwirten und Viehzüchtern kämpfen gegen die Geier des "grünen Goldes" und die Spekulanten, die ihnen ihr Land stehlen wollen. Zugleich verweigern immer mehr Menschen im Herzen der Herrschaftsgesellschaften den neoliberalen Wahnideen ihre Gefolgschaft und stellen sich der kannibalischen Weltordnung entgegen. Der Hunger ist das Werk von Menschen und kann von Menschen besiegt werden.

Jean Ziegler, 84, Soziologe und emeritierter Professor der Universität Genf, war von 2000 bis 2008 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Heute ist er Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrats.

Zieglers Buch "Wir lassen sie verhungern" ist eine schonungslose Analyse über die Gründe und Ursachen von Hunger auf der Welt. Er erinnert an die dramatische ungleiche Verteilung von Reichtum, an die strukturelle Gewalt unserer Weltordnung und an Milliardenzocker, die Nahrungsmittel monströs verteuern. "Warum wir weiter kämpfen müssen" ist sein aktuelles Buch.



"VIELE MENSCHEN SIND ZU ARM, UM SICH NAHRUNG ZU LEISTEN."

Indien hat in den letzten Jahrzehnten deutliche Fortschritte in der Bekämpfung von Hunger erzielt. Trotzdem sind etwa 170 Millionen Menschen in Indien unterernährt. Wir sprachen mit Subhash Tamboli von unserer Partnerorganisation AFARM über die Gründe, Folgen und Ansätze, das Ziel "Kein Hunger" in Indien zu erreichen.

Indien gehört zu den größten Nahrungsmittelproduzenten der Welt, hat aber gleichzeitig die zweithöchste Zahl unterernährter Menschen weltweit. Wie kann das sein?

Indien produziert etwa 275 Mio. Tonnen Nahrungsmittel und ist damit der zweitgrößte Produzent. Laut der FAO sind 2017 mehr als 170 Mio. Menschen in Indien unterernährt. Das hat verschiedene Gründe. Zuallererst müssen wir feststellen, dass es nicht grundsätzlich an Nahrungsmitteln fehlt, sondern vielmehr an dem mangelnden Zugang zu Nahrung. Viele Menschen sind einfach zu arm, um sich genug Essen zu leisten. Hinzu kommen fehlender Zugang zu Land, Krankheiten und die saisonale Migration.

In Indien gibt es mit dem Food Security Act ein staatliches Hilfsprogramm, das die Ernährung sichern soll. Dieses basiert auf dem Public Distribution System, das insbesondere Grundnahrungsmittel über faire Shops und zu gerechten Preisen anbieten soll. Das funktioniert leider nicht optimal, sodass gerade die Menschen, die das Programm erreichen soll, ausgeschlossen werden. Dann gibt es natürlich auch extreme Wetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen, die dazu führen, dass die eh schon prekäre Ernährungssituation in vielen Regionen verschärft wird.

Welche Folgen hat die Unterernährung?

Unterernährung erhöht das Infektionsrisiko und führt zu schweren Krankheiten bei den Betroffenen. Das Immunsystem wird geschwächt, die Menschen sind viel anfälliger für Krankheiten, leiden an diversen Mängeln und können sich nur schwer erholen. Insbesondere bei Kindern führt Unterernährung zu einer massiven Einschränkung der körperlichen und geistigen Entwicklung.

Maharashtra gilt als einer der ärmsten Bundesstaaten in Indien. Auch hier ist die Ernährungssituation sehr prekär. Was sind die Gründe und welche Rolle spielt der Klimawandel?

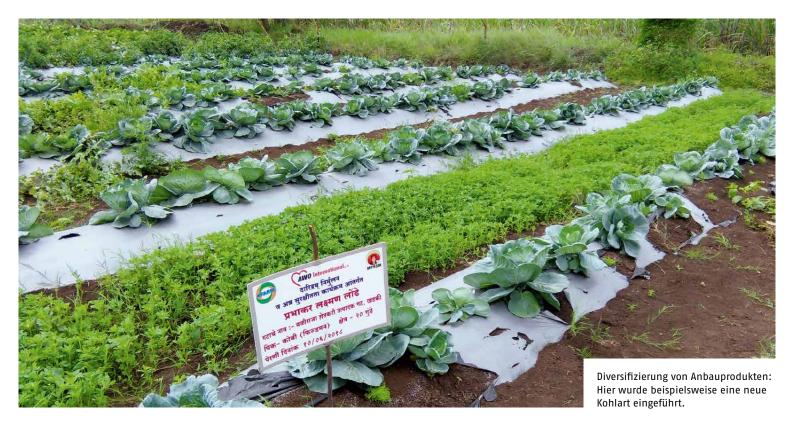
Ein wichtiger Grund ist, dass die Anbauflächen für Getreide zurückgegangen sind und im Gegenzug die Flächen für Nutzpflanzen wie zum Beispiel Soja und Baumwolle zugenommen haben. Die Produktion von Sorghum zum Beispiel hat massiv abgenommen. Die Getreideart wächst hier optimal und gehört zu den Grundnahrungsmitteln der Menschen. Hinzu kommen viel zu kleine Land- und Anbauflächen, schlechte Bodenqualität und fehlende oder unzureichende Bewässerungsanlagen. Generell ist die wachsende Land- und Wasserknappheit in der Region ein Problem. Die Auswirkungen des Klimawandels haben die Situation noch weiter verschärft. Der Monsun setzt immer später ein, die Niederschlagsintensität ist extrem unregelmäßig. Das führt immer häufiger zu Dürren und Überschwemmungen. Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft sind gravierend.

Was genau sind die Maßnahmen in unserem Projekt, um die Ernährungssituation zu verbessern?

Das Projekt richtet sich an ausgegrenzte Kleinbauern und -bäuerinnen in den dürregefährdeten Regionen. Insbesondere unterstützen wir Frauen, weil sie besonders benachteiligt sind. Durch klimaresistente Anbautechniken, Diversifizierung der Lebensgrundlagen und Stärkung der Gemeindestrukturen verbessern wir die Ernährungssituation der Menschen. Besonders die Regengewinnung ist in unserer Projektregion wichtig. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Besitz von Land auf Frauen und Männer übertragen wird. Die Stärkung der Selbstorganisation der Gemeinden spielt eine besonders wichtige Rolle, damit die Projektmaßnahmen nachhaltig sind.

Welche Art der Landwirtschaft kann am besten dazu beitragen, den Hunger in der Region zu bekämpfen?

Unser Ansatz umfasst innovative und moderne Formen des ökologischen Landbaus, die sich den veränderten Gegebenheiten anpassen. Dabei geht es uns vor allem um eine strategische Verlagerung, das heißt, es sollte nicht ausschließlich um eine Steigerung der Erträge gehen, sondern vielmehr um eine widerstandsfähige und nachhaltige Landwirtschaft, die mit dem Klimawandel und kurzfristigen Wetteranomalien umgehen kann. Dazu gehören auch eine systematische Verbesserung der Wertschöpfungsketten in der Nachernte, eine effizientere Wassernutzung, eine Diversifizierung von Anbau- und Viehzuchtprodukten und damit auch eine verbesserte Nährstoffversorgung.



Welche Maßnahmen trifft die Regierung, um die Situation in den von der Dürre betroffenen Regionen zu verbessern?

Die Regierung hat mehrere kurzfristige Hilfsmaßnahmen angekündigt, dazu gehören zum Beispiel Ausgleichszahlungen für Ernteausfälle und die Unterstützung bei der Trinkwasserversorgung. Zu den langfristigen Maßnahmen gehören der Bau von neuen Wasserreservoirs, die Wartung der bereits bestehenden und Solarpumpen für die Bewässerungsanlagen. Zudem hat die Regierung des Bundesstaates das Wasserschutzprojekt "Jalyukt Shivar Abhiyan" ins Leben gerufen, mit dem Ziel, Maharashtra zu einem dürrefreien Staat zu machen. Dabei spielt die dezentralisierte Regenwassernutzung eine wichtige Rolle. Die Implementierung der Maßnahmen stockt aber immer wieder. Es geht nur schleppend voran.

Arbeitet AFARM im Rahmen unseres Projekts mit Regierungsstellen zusammen?

Ja, wir arbeiten auf verschiedenen Ebenen und mit mehreren Ministerien zusammen. Bei unseren Projekten geht es ja auch darum, die Gemeinden und lokale Strukturen so zu stärken, dass sie ihre Rechte gegenüber staatlichen Stellen einfordern können. So konnten wir zum Beispiel erreichen, dass mehr als 100 000 Euro aus staatlichen Ressourcen für die Zielgruppen zur Verfügung gestellt wurden.

Was sind die Erfolge des Projekts in der Region?

Mit unseren Maßnahmen haben wir dazu beigetragen, dass die Ernteerträge um 166 Prozent gesteigert werden konnten. Auch das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Kleinbauern und -bäuerinnen ist um 48 Prozent gestiegen. Bei den landlosen Familien sind es 10 Prozent. 81 Prozent der Frauen und Kinder

haben einen besseren Zugang zu vielfältigen Nahrungsmitteln, damit hat sich der Gesundheitszustand deutlich verbessert. Die Gemeindestrukturen, die wir unterstützt haben, haben erreicht, dass 54 Prozent der Haushalte einen Zugang zu den staatlichen Sicherungssystemen haben. 90 Prozent der Haushalte erhalten regelmäßig die staatlich garantierten Mengen an Grundnahrungsmitteln.

Welche Schritte sind notwendig, um das Ziel "Kein Hunger" in Indien zu erreichen?

Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen Zugang zu Nahrungsmitteln zu erschwinglichen Preisen haben. Dazu müssen die staatlichen Sicherungssysteme insbesondere für die am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen ausgeweitet und effektiver gemacht werden. Die Menschen müssen zudem sensibilisiert werden, damit sie ihre Rechte wahrnehmen können. Besonders wichtig ist es, dass die Ernährung der Mütter und Kinder gesichert ist. Um Unter- und Mangelernährung zu bekämpfen, müssen wir auch mehr Aufklärung zu ernährungsphysiologischen Aspekten betreiben. Um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen, müssen wir nachhaltige und klimaresistente Sorten sowie eine Diversifizierung des Anbaus fördern.

Interview: Manuel Palz, Asha Rani Übersetzung: Vassilios Saroglou

Das Projekt wird mit Mitteln der Sonderinitiative "Eine Welt ohne Hunger" des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.















PLASTIKMÜLL STATT FISCH

Die Philippinen gehören zu den größten Fischproduzenten der Welt. Kommerzielle Fischereiflotten räumen die Meere leer, bedrohen die Existenz lokaler Fischer und sorgen in vielen Regionen für eine ökologische Katastrophe. Wir haben den Fischer Norbhen Costaño besucht, der mit seiner Familie in der Nähe von General Santos City, der Thunfisch-Hauptstadt der Philippinen, lebt.

"Ich war 12 Jahre alt, als ich meinen Vater das erste Mal aufs Meer begleitete", erzählt Norbhen Costaño. "Es war wunderschön, der Klang der Wellen, die Reflektion des Mondes auf dem Wasser. Ich war begeistert. Das Wasser war klar und sauber." Die Schule konnte Norbhen nicht abschließen, weil die Familie kaum Geld dafür hatte. Heute ist der 32-Jährige wie schon

sein Vater Fischer. Mit seiner Frau und seinen zwei Kindern lebt er in einem provisorisch zusammengebauten Haus nahe der Küste von General Santos City, der Thunfisch-Hauptstadt der Philippinen.

Als Kleinfischer schwankt das Einkommen von Norbhen enorm und ist immer abhängig von dem, was er aus dem Meer holen kann. An guten Tagen können es

11 Euro werden, an schlechten Tagen auch mal gar nichts. Ein eigenes Boot besitzt er nicht und muss sich deshalb eins von

seinem Cousin mieten. Dafür muss er den halben Wert seines Tagesfangs zahlen. An einem guten Tag bleiben ihm also 5,50 Euro für seine Familie übrig.

Nahezu alle Dorfbewohner*innen sind von der Fischerei abhängig. In den letzten Jahren wurde es für die Menschen

immer schwieriger, mit der Fischerei ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Kommerzielle Fischkutter sorgen dafür, dass die Ressource Fisch in den Fanggebieten der Dorfbewohner*innen knapp wird. Hinzu kommen Fälle von illegaler, undokumentierter und unregulierter Fischerei in den Siedlungsgewässern und die Entsorgung von Plastikmüll in der Bucht.

fangen wir Plastikmüll.

"

Es wird immer schwieriger

für uns, in den Siedlungsge-

wässern zu bleiben. Statt Fisch

"Es wird immer schwieriger für uns, in den Siedlungsgewässern zu bleiben. Statt Fisch fangen wir Plastikmüll. Wir können



nicht mit einem 60-Tonnen-Fischkutter mithalten. So sind wir gezwungen, auf hoher See nahe Indonesien zu fischen. Dabei gelangen wir manchmal unbeabsichtigt in indonesische Gewässer. Dann kann es passieren, dass uns die indonesische Marine festnimmt", so Norbhen. Viele Fischer sehen keinen anderen Ausweg und versuchen ihr Glück auf den kommerziellen Fischkuttern. Dort werden sie meist ohne schriftliche Papiere angestellt, grundlegende Arbeitnehmerrechte werden ihnen verwehrt. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal und die Grenze zu Zwangsarbeit wird oft über-

schritten.

Rechte stärken

Unsere Partnerorganisation OND HESED Foundation setzt sich für eine Verbesserung der Lebensumstände in den Fischergemeinden ein. Im Projekt geht es insbesondere darum, Zwangsarbeit und Menschenhandel in der Fischereiwirtschaft zu bekämpfen und den Schutz und die Rechte der lokalen Fischer zu stärken. Dazu gehören

zum Beispiel auch Maßnahmen, um die kommunalen Gewässer vor illegalem Fischfang zu schützen: Um das sicherzustellen, bilden die Fischer der Gemeinden lokale Küstenwachen. In den von OND HESED betriebenen Beratungszentren können Fischer und auch Familienangehörige Beratung und Unterstützung bekommen.

Um der Verschmutzung der lokalen Gewässer etwas entgegenzusetzen, hat OND HESED im Juni 2018 kurz vor Beginn der Regenzeit eine große Küstenputzaktion gestartet, die von den Gemeinden selbst organisiert wurde. Das Ziel: die mit Plastik und Abfall verschmutzten Buchten und Siedlungsgewässer zu reinigen und gleichzeitig die Bewohner*innen auf die Müllproblematik aufmerksam zu machen. Es sind vor allem die kommerziellen Fischkutter und die Industrie, die den größten Beitrag zur Meeresverschmutzung leisten. Aber auch die Bewohner*innen entsorgen

oft ihre Haushaltsabfälle und Exkremente direkt in der Bucht. Die Putzaktion trägt dazu bei, das Bewusstsein für eine ordentliche Müllentsorgung zu schärfen.

Die Fischer gehören zu der einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppe auf den Philippinen. Dies gilt für die Kleinfischer vor Ort genauso wie für diejenigen, die auf den kommerziellen Flotten anheuern. Während letztere unter oftmals katastrophalen

Arbeitsbedingungen, unzureichenden Arbeitsschutzmaßnahmen und schlechter Bezahlung leiden, können die Kleinfischer kaum überleben, weil ihre Fanggebiete überfischt und vermüllt werden. Im Rahmen unseres Projekts tragen wir dazu bei, die Lebenssituation beider Gruppen und ihrer Familien zu verbessern.

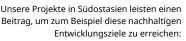
Dan Bagsic

Übersetzung: Lisa Bausewein



Wir können nicht mit einem 60-Tonnen-Fischkutter mithalten. So sind wir gezwungen, auf hoher See nahe Indonesien zu fischen. Dabei gelangen wir manchmal unbeabsichtigt in indonesische Gewässer. Dann kann es passieren, dass uns die indonesische Marine festnimmt.

"













EINE WARME MAHLZEIT AUF DER DURCHREISE

In der Herberge "La Sagrada Familia" finden Migrant*innen auf der Durchreise Schutz, einen Unterschlupf, medizinische Versorgung und auch ein warmes Essen. Unsere Kolleginnen waren zu Besuch.

Wir sind in Apizaco, Mexiko. Schon von Weitem hört man den Zug "La Bestia". Der

Lokführer hält, um die Passagier*innen von den Waggons klettern zu lassen. Die meisten sind junge Männer, aber in den letzten Jahren kommen auch immer mehr Frauen und Kinder. Ihr Ziel: die Herberge "La Sagrada Familia".

Es ist Mittwoch. Freiwillige kochen gemeinsam mit einigen der 40 Migrant*innen, die in der Herberge übernachtet haben. Mit dem Zug sind heute zusätzlich etwa 35 Personen gekommen, was die Kapazitäten der

Herberge überstrapaziert. In der kleinen Küche wird bis zu vier Mal am Tag gekocht, um alle versorgen zu können. Heute kann etwa die Hälfte in der Herberge essen, die anderen bekommen ihre Mahlzeit vor den Toren. Die "Sagrada Familia" ist auf Lebensmittelspenden von den nahe gelegenen Märkten, der Kirchengemeinde oder von Privatpersonen angewiesen. Auf dem Speiseplan steht vor allem Reis, oft mit Gemüse oder Bohnen. Nur mit viel

> Glück bekommt man ein Stück Fleisch. Für die kleinen Kinder gibt es Milch und Cornflakes, für die Babys haben die Mütter meist Milchpulver dabei. Auch die Versorgung mit Trinkwasser ist wichtig, denn viele der Migrant*innen sind dehydriert von der langen Reise in der Hitze.

> Wilsar Anya kommt aus Honduras, wie die meisten hier. Sein Weg führte durch Guatemala nach Tenosique in Mexiko, wo er auf den Zug aufstieg. Er ist seit acht Tagen un-

terwegs und hat erst die Hälfte des Weges bis zur Grenze zu den USA hinter sich. Zu

Beginn hatte er noch einige Fertiggerichte aus seiner Heimat, erzählt er, später haben Mitreisende Lebensmittel gekauft und geteilt, aber sie wurden an der mexikanischen Grenze festgenommen. Mithilfe einer Karte, die von Hilfsorganisationen verteilt wird und Anlaufstellen entlang der Migrationsrouten zeigt, haben er und seine Gruppe die "Sagrada Familia" gefun-

"Wir schätzen, dass wir in diesem Jahr etwa 7000 Menschen hier versorgen werden. Letztes Jahr waren es 4000", berichtet Sergio Lunes, Leiter der Herberge. Die meisten Migrant*innen wollen möglichst schnell weiter, obwohl sie bis zu drei Tage bleiben könnten. Auch jetzt herrscht Aufbruchstimmung bei Wilsar Anya und seinen Mitreisenden. Der nächste Zug kommt, doch er ist zu schnell, um aufzuspringen. Oft verletzen sich Menschen dabei, werden auf den Zügen beschossen oder überfallen. Trotzdem wagen jährlich Tausende Menschen die gefährliche Reise mit der "Bestie" – und viele andere in billigen Bussen oder versteckt in Lastwagen in der Hoffnung auf ein sicheres und menschenwürdiges Leben. Und der nächste Zug kommt bestimmt.

Loida Yax, Johanna Kunz

Gemüsereis

3 EL Öl, 1 Zwiebel, 2 Tassen Reis, 200 g Gemüse (z.B. Karotten, Kürbis, Mais), 3 Tassen Salzwasser, 1 Tasse Hühnerbrühe, Salz, Pfeffer, frischer Koriander

Zuerst werden die Zwiebelwürfel in einem Topf in Öl gedünstet. Danach kommt der Reis hinzu und wird angebraten. Anschließend das klein geschnittene Gemüse kurz anbraten. Dann Wasser und Hühnerbrühe in den Topf geben. Den Reis köcheln lassen, bis er die Flüssigkeit aufgenommen hat. Abschließend mit Salz und Pfeffer abschmecken. Zum Schluss mit frisch gehacktem Koriander bestreuen.

Unsere Projekte in Mittelamerika leisten einen Beitrag, um zum Beispiel diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen:











Weitere Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda finden Sie unter www.awointernational.de









UNSER ENGAGEMENT IN AFRIKA UNTERSTÜTZEN!

Dürren, Ernteausfälle und Mangelernährung: Die Ernährungssituation in vielen Ländern Ost- und Zentralafrikas bleibt ernst. Auch in Uganda. Dennoch nimmt das Land Menschen aus den Nachbarländern Südsudan und Kongo auf: Mehr als eine Million Geflüchtete und Vertriebene leben in Uganda. Zum 100-jährigen AWO-Jubiläum bauen wir unser Engagement in Uganda aus: Unterstützen Sie uns dabei!

"Bei meinem Besuch in unserem Hilfsprojekt war ich tief beeindruckt von der Solidarität der Menschen in Uganda mit den Geflüchteten. Zugleich habe ich gesehen, wie dringend notwendig weitere Unterstützung ist, denn mehr als 40 Prozent der Menschen in Uganda sind unterernährt", berichtet Ingrid Lebherz. Seit 2017 sind wir mit einem Hilfsprojekt in Uganda tätig und haben dazu beigetragen, dass 14000 Kinder und Jugendliche mit Schulmahlzeiten versorgt werden und die Hygienesituation verbessert wird. Wir haben mit unserer Partnerorganisation Right to Play Uganda und weiteren lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen gesprochen, wie wir zusätzlich zum humanitären Hilfsprojekt dazu beitragen können, die Lebensbedingungen der Menschen langfristig und nachhaltig zu verbessern. Nach den Gesprächen war klar: Wir müssen unser Engagement in Uganda ausbauen.

In den neuen Projekten soll die Situation von Familien, die von Mangelernährung und Nahrungsmittelknappheit betroffen sind, verbessert werden. Zudem unterstützen wir die soziale und wirtschaftliche Integration von Geflüchteten im Land. Wie auch in unseren anderen Projektregionen arbeiten wir dabei eng mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Machen Sie mit: Zeigen Sie zum 100-jährigen AWO-Jubiläum, dass Solidarität keine Grenzen kennt, und unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!

Das wollen wir erreichen

25000 Bäume werden gepflanzt: Ziel ist es, die Ernährung langfristig zu sichern. Dazu gehören zum Beispiel Obstbäume wie Papaya, Mango und Bananen, aber auch Nutzpflanzen, die für die Brennholzgewinnung angebaut werden, um das unkontrollierte Abholzen zu verringern.

Anbautechniken verbessern: 10000 Menschen werden in neuen Anbautechniken geschult, damit sie zum Beispiel durch Linsensaat und Mischkultur höhere

Erträge erzielen können. Durch Einführung von dürreresistentem Saatgut oder Tröpfchen-Bewässerung soll ein Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel geleistet werden.

Ernährung sichern durch Einkommen: 10000 Menschen sollen von Einkommen schaffenden Maßnahmen wie zum Beispiel Ziegenhaltung oder Imkerei ihre Ernährungssituation verbessern.

50 Selbsthilfegruppen werden unterstützt: Kleinbauern und -bäuerinnen organisieren sich in Kooperativen, in denen sie gemeinsam produzieren und ihre Produkte vermarkten. Örtliche Sparvereine werden gegründet, in denen gemeinsame Kleinprojekte umgesetzt und günstige Kleinkredite vergeben werden.

Schulungen in Hygiene und Ernährung: Kinder und Jugendliche erhalten Schulungen und Ausbildungen, damit die Hygiene- und Ernährungssituation verbessert wird.

Felix Neuhaus













WER HUNGER BEKÄMPFEN WILL, MUSS GLEICHHEIT ERMÖGLICHEN

"In derselben Welt, in der etwa 821 Millionen Menschen hungern und zwei Milliarden Menschen an unterschiedlichen Formen der Fehlernährung leiden, ist ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung fettleibig, und ein Drittel aller Nahrungsmittel wird verschwendet oder vergeudet."

(IFAD/FAO/WFP 2011/2017)

Die weltweite Ernährungslage rückt überwiegend in Hungerkrisen im Globalen Süden in das Zentrum unserer Aufmerksamkeit und findet über Schlagworte wie "Bihar", "Biafra", "Sahel" und "Darfur" Eingang in unser kollektives Gedächtnis. Dabei nehmen wir vor allem von den erforderlichen kurzfristigen Maßnahmen Notiz – Hunger scheint immer dann bekämpft zu sein, wenn enorme Anstrengungen die aktuelle Krise dämpfen oder beenden. Dabei spiegeln diese Krisen sowohl gewachsene Machtverhältnisse als auch ökonomische, soziale und politische Ungleichheiten wider, die durch Globalisierungsprozesse verstärkt oder neu geschaffen wurden – und selten im Zentrum der öffentlichen Debatte stehen.

Die Hauptursache der "neuen Hungersnöte" sind bewaffnete Konflikte, in denen Hunger von lokalen und externen Konfliktund Kriegsparteien als Waffe eingesetzt wird. Die Nahrungsmittelkrisen in den Jahren 2016 und 2017 stehen zwar mit der Dürre in Ostafrika in Zusammenhang, trafen aber vor allem Menschen, die in dieser Region aufgrund von Gewalt, Vertreibung oder hohen Lebensmittelpreisen bereits an Hunger oder Unterernährung litten.

Hohe Lebensmittelpreise sind wiederum auch das Ergebnis politischer Entscheidungen, die in den letzten Jahrzehnten die Nahrungskette vom Anbau bis zum Konsum neu geordnet und global verflochten haben. Heute konzentriert sich Gestaltungsund Steuerungsmacht zunehmend bei globalen Konzernen, und der Zugang zu Nahrungsmitteln – und Kalorien – ist zunehmend ungleich zwischen Arm und Reich, innerhalb und zwischen Ländern verteilt. Die Beseitigung von Fehlernährung entwickelt sich nach der Beendigung von Hunger und Mangelernährung zur zweitgrößten Herausforderung.





Dabei setzen Aufklärungsmaßnahmen vor allem bei Konsument*innen an. Maßnahmen, die sich gegen Subventionierung, Produktion und Vermarktung ungesunder Lebensmittel richten, treffen auf große Widerstände. Deshalb sieht Naomi Hossain den "Faktor Macht" in ihrem Artikel "Ungleichheit, Hunger und Fehlernährung: Die Bedeutung von Macht" (Welthungerindex 2017) als unumgänglich bei jeglicher Analyse von Hunger und Fehlernährung an. Machtverhältnisse seien dabei weder monolithisch noch unveränderlich: Die enormen Ungleichheiten im Ernährungssystem haben eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Anstrengungen ausgelöst, um dieses neu zu gestalten und "Ernährungssouveränität" bei Landwirt*innen sowie Konsument*innen neu zu verorten.

uns gleichzeitig für einen gerechten und fairen Welthandel ein.

Die dritte große Herausforderung, um weltweit eine gerechte Ernährungssituation zu erreichen, ist die Bekämpfung des Klimawandels, der insbesondere für die etablierte kleinbäuerliche Landwirtschaft im Globalen Süden, die sich an natürlichen Regen- und Vegetationsperioden orientiert, eine Bedrohung darstellt. Benachteiligte und arme Gruppen werden überwiegend von seinen Folgen betroffen sein, da ihnen Kapital und Strategien fehlen, um sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen.

Wir stellen gemeinsam mit unseren europäischen Projektpartner*innen im Netzwerk "Make Europe Sustainable for All" diese Themen im AWO-Jubiläumsjahr 2019 in den Mittelpunkt unserer entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit: Aktualisiertes Bildungsmaterial, neue Fortbildungen und Mitmachaktionen rund um das Thema "Ernährung Global" sowie Kooperationen mit dem AWO Bundesverband setzen weitere entwicklungspolitische Impulse.

Roman Fleißner

Wenn die AWO den Klimawandel bekämpfen will, muss sie sich auch um das Thema Ernährung Gedanken machen

Im Jahr 2016 hat sich die AWO in einem Bundeskonferenzbeschluss zu den Pariser Klimaschutzzielen bekannt. Um einen Beitrag zur Erreichung des als erstrebenswert vereinbarten Ziels einer Erderwärmung um maximal 1,5 Grad zu leisten, müssen die derzeit für einen stationären Pflegeplatz anfallenden 8 Tonnen CO₂ pro Jahr bis 2050 schrittweise auf rund 1 Tonne gesenkt werden. Aktuell stehen bei der Suche nach CO₂–Einsparpotenzialen oft technische Maßnahmen im Fokus. Kaum jemand erwartet hingegen, dass nicht etwa der Energieverbrauch, sondern die Verpflegung der Bewohner*innen der für den Klimaschutz wichtigste Bereich ist: Vielerorts fällt hier rund die Hälfte der Treibhausgasemissionen an.

So werden bei der Fleischproduktion große Mengen Methan freigesetzt – ein um das 21-Fache klimaschädlicheres Gas als CO₂. Hinzu kommen klimaschädliche Aspekte wie der Einsatz von stickstoffhaltigen Düngemitteln oder auch die (Brand-)Rodung und dadurch der Verlust von Waldflächen für die Landwirtschaft. Verarbeitung, Transport, ggf. Tiefkühlung und natürlich auch Zubereitung sind ebenfalls energieund damit CO₂-intensiv. Gerade dieser Bereich müsste also beim Klimaschutz Beachtung finden. Will die AWO ihrem Bekenntnis zum Klimaschutz gerecht werden, muss sie in den Einrichtungen neue und klimafreundlichere Verpflegungskonzepte entwickeln.

Steffen Lembke

Hinweis:

Die AWO Bundesakademie bietet im Februar eine Fortbildung "Klimafreundliche Ernährung in Großküchen" an. Weitere Informationen finden Sie unter www.awo-bundesakademie.org. Informationen zur klimafreundlichen Pflege finden Sie unter www.klimafreundlich-pflegen.de.

Unsere entwicklungspolitische Inlandsarbeit leistet einen Beitrag, um zum Beispiel diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen:











Weitere Informationen zur globalen Nachhaltigkeitsagenda finden Sie unter www.awointernational.de









20 JAHRE AWO INTERNATIONAL

Am 4. September 1998 fand die Gründungsversammlung von AWO International statt: "Man habe sich entschieden, die Gründung eines Fachvereins AWO International vorzuschlagen, um so ein umfassendes Forum für alle Gliederungen, die internationale Projekte durchführen oder durchführen wollen, zu schaffen", so im Gründungsprotokoll. Ein Gespräch mit den 3 BGB-Vorstandsmitgliedern, die seit 20 Jahren dabei sind.

Frau Wedemeier erinnern Sie sich an den 4. September 1998?

Wedemeier: Ich war auf der Gründungsversammlung von AWO International in Berlin und hatte mich vorher schon bei einigen internationalen Initiativen der AWO engagiert. Deswegen habe ich auch für den Vorstand kandidiert, als einzige Frau übrigens!

Herr Frick, Herr Champignon, Sie waren auch dabei. Von wem ging damals die Initiative aus?

Frick: Ja, ich erinnere mich daran, dass der Raum sehr dunkel war. Ich glaube, es war Bodo Champignon, der in seiner typischen Art sagte: Ich hoffe, es wird lichter. Es waren vor allem AWO-Mitglieder, die sich dafür eingesetzt haben, das internationale Engagement der AWO zu bündeln, um sich besser auszutauschen. Champignon: Es gab damals ja schon viele humanitäre Projekte und Initiativen, wie zum Beispiel "Hilfe für Russland" aus Dort-

mund oder "Heimatgarten" der AWO Bremerhaven. Es gab auch Kritik seitens der AWO-Mitglieder, dass das humanitäre Engagement öffentlich kaum wahrgenommen wird. Der damalige Bundesgeschäftsführer Rainer Brückers hat dann die Initiative ergriffen, den Fachverband zu gründen.

Was waren die ersten Projekte von AWO International?

Frick: Eines der ersten größeren Projekte war die Kosovo-Hilfe im Jahr 1999. Der damalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Kolbow ist auf die AWO zugekommen und hat angefragt, ob wir ein Häuserbau-Projekt für rückkehrende Flüchtlinge im Kosovo durchführen können. Rainer Brückers hat dann an AWO International vermittelt. Die AWO Bremerhaven hat das Projekt federführend begleitet.

Der erste humanitäre Katastropheneinsatz außerhalb Europas war das schwere Erdbeben im Iran im Jahre 2002. Das Hilfsprojekt haben wir gemeinsam mit ADRA, einer Bündnisorganisation von Aktion Deutschland Hilft, durchgeführt. In den ersten Jahren wurde nur ehrenamtlich gearbeitet. Mit dem Iran-Erdbeben haben wir mit Barbara Gruner die erste hauptamtliche Mitarbeiterin eingestellt.

Wedemeier: Ende 2004 kam dann der Tsunami in Asien. Er war eine der größten Naturkatastrophen der vergangenen Jahrzehnte. Die Spendenbereitschaft und Solidarität mit den Betroffenen war unglaublich hoch.

Frick: Wir griffen auf bestehende Kontakte des AWO Bundesverbandes zurück und konnten mit dem "Life Help Centre" unsere humanitären Hilfsprojekte in Tamil Nadu umsetzen.

2005 hat der Bundesverband die Entwicklungsprojekte an AWO International übertragen ...

Frick: Die AWO führte bereits seit den Sechzigerjahren mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Entwicklungsprojekte durch. Da sich der Fachverband etabliert hatte, tauchte die Idee auf, auch diese Projekte an AWO International zu übertragen. Wir hatten dann über Nacht drei zusätzliche Mitarbeiter*innen und ein weiteres großes Aufgabengebiet.











Was waren die nächsten Schritte?

Wedemeier: Wir haben gesehen, dass neben dem ehrenamtlichen Engagement auch dringend hauptamtliche Expertise notwendig ist. Mit der Übergabe der BMZ-Projekte und den Mitteln der Tsunami-Hilfe war es nun möglich, AWO International auch personell weiterzuentwickeln. Deswegen haben wir dann 2006 eine stellvertretende Geschäftsführung gesucht.

Lebherz: So habe ich 2007 unter Hans-Wilhelm Pollmann, dem Landesgeschäftsführer der AWO Berlin, der ehrenamtlicher Geschäftsführer von AWO International war, angefangen. 2008 wurde ich zur Geschäftsführerin berufen.

Was hat sich dann verändert?

Frick: Die Projekte wurden bis dahin "ferngesteuert" von Berlin aus betreut. Wir sprachen mit dem Ministerium und mit befreundeten Institutionen wie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es war klar: Wir brauchen Büros vor Ort, um näher an unseren Projektpartnern dran zu sein. Der Vorstand hat diesem Vorschlag zugestimmt. 2009 wurde das Büro in Nepal eröffnet, 2012 das Regionalbüro in Guatemala.

Einer der größten Einsatzfälle von AWO International folgte nach dem schweren Erdbeben in Nepal am 25. April 2015.

Lebherz: Noch am selben Abend berichtete unser Büroleiter Felix Neuhaus aus Katmandu in einem Live-Interview in den Tagesthemen über die aktuelle Situation in Nepal. Daraufhin erfuhren wir viel Solidarität aus der AWO.

Wenn Sie zurückblicken: Was hat sich in den 20 Jahren getan?

Wedemeier: Da hat sich unglaublich was entwickelt! AWO International steht mit den Themen und den Projekten sehr gut da. Das liegt auch an unseren sehr motivierten und engagierten hauptamtlichen Mitarbeiter*innen.

Frick: Auch mich beeindruckt, dass wir uns in diesem Zeitraum von einem ehrenamtlich organisierten zu einem hauptamtlich geführten Fachverband entwickelt haben. Das war am Anfang so nicht abzusehen. Wir werden als kleine, aber feine und kompetente Organisation wahrgenommen. Wir sind weit über unsere selbstgesteckten Ziele hinausgekommen.

Lebherz: Wie bei vielen anderen Organisationen gab es auch bei uns einen großen Professionalisierungsdruck. Das wirkungsorientierte Projektmanagement wurde eingeführt und die Transparenz kontinuierlich verbessert.

Was sind die Herausforderungen und Aufgaben für die nächsten Jahre?

Frick: In den kommenden Jahren wird es auch darum gehen, die Arbeit von AWO International finanziell weiter abzusichern. Die AWO muss sich noch mehr mit der internationalen solidarischen Arbeit identifizieren. Wir möchten noch mehr Mitglieder, aber auch regelmäßige Unterstützer*innen und Spender*innen aus dem AWO-Umfeld gewinnen.

Champignon: Allen ist heute klar, dass wir in einer global vernetzten Welt leben und dass unsere Solidarität nicht an den Grenzen von Deutschland oder Europa enden kann. Dafür steht AWO International. Ich war 18 Jahre Vorsitzender des größten AWO Bezirksverbandes der Welt. Anfangs waren nur wenige Gliederungen von uns Mitglied bei AWO International. Deswegen habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, dass sich das ändert. Inzwischen sind alle Gliederungen in unserem Bezirk Mitglied. Trotzdem: Wir brauchen noch mehr Unterstützung aus der AWO, das gilt für die Verbände und auch für die gGmbHs.

Glückwunsch zum 20. Geburtstag!

"Die Gründung von AWO International war einer der wichtigsten Meilensteine in der fast 100-jährigen Geschichte der AWO. Die ideelle und finanzielle Hilfe von AWO-Mitgliedern bei humanitären Katastrophen und in der Entwicklungszusammenarbeit zeigt, dass Werte unser Handeln bestimmen. Toleranz, Solidarität und Gerechtigkeit stehen nicht nur auf dem Papier, sondern werden gelebt und umgesetzt. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation weltweit ist internationale Zusammenarbeit wichtiger denn je. Ich bin überzeugt davon, dass AWO International auch zukünftig einen wichtigen Beitrag leisten wird, dass Menschen selbstbestimmt und nachhaltig ihre Lebensbedingungen verbessern können."

Hans-Wilhelm Pollmann, ehemaliger Geschäftsführer des AWO Landesverbandes Berlin, war von 1998 bis 2008 ehrenamtlicher Geschäftsführer von AWO International.

Eröffnung Regional-Sonderinitiative "Eine Seenotrettung SOS Erdbeben in Erdbeben in Haiti büro Guatemala Welt ohne Hunger MEDITERRANEE Indonesien Erste Ausgabe Teilnahme am Projekt Indien des Magazins Erstes inklusives weltwärts-Projektreise für Aufbau Afrikaweitblick Balkan-Flut Programm Vorsorgeprojekt Mitglieder Programm 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017 2018 П Eröffnung Hungerkrise in Afrika Taifun Haiyan Erdbeben in Hungerkrise in Regionalbüro Nepal Ostafrika Aufbau Bildungs-Hochwasser in in Nepal Hilfe für Hilfe für geflüchtete programm/Globales Deutschland Geflüchtete Lernen Rohingya

KURZ NOTIERT

"Das Recht auf angemessene Nahrung ist dann verwirklicht, wenn jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, einzeln oder gemeinsam mit anderen, jederzeit physisch und wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung hat."

Allgemeiner Kommentar Nr. 12 Abs. 6 des UN-Sozialausschusses zum Recht auf angemessene Ernährung (1999)

Ein Zeichen für die Seenotrettung

Die Diskussionen um die zivile Seenotrettung haben sich in den letzten Monaten verschärft: Humanitäre Helfer*innen werden diffamiert und kriminalisiert, Rettungsschiffe zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen werden durch Behörden und Regierungen festgesetzt oder beschlagnahmt - damit wird verhindert, dass Menschen in Seenot gerettet werden. Mit Folgen: Mehr als 1500 Menschen starben in diesem Jahr bereits beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Im Juni musste das Rettungsschiff MS Aquarius erstmals seit 2 Jahren eine längere Zwangspause einlegen. Am 1. August machte sie sich mit neuer



Flagge wieder auf den Weg zum Mittelmeer. Doch im September folgte erneut ein herber Rückschlag: Auf Druck von Italien entzieht auch Panama der Aquarius die Registrierung, obwohl das Rettungsschiff alle Standards und Spezifikationen erfüllt.

Die Rettung von Menschenleben ist kein Verbrechen, sondern unsere humanitäre Pflicht. Dafür stehen wir als AWO International. Deshalb unterstützen wir die zivile Seenotrettung. Die Menschenwürde ist unantastbar – das gilt selbstverständlich auch für Menschen, die auf der Flucht sind, unabhängig davon, was die Ursachen und Gründe der Flucht sind.

Erdbeben in Indonesien

Indonesien kommt nicht zur Ruhe:
Zahlreiche schwere Erdbeben haben das
Land in den letzten Monaten getroffen.
Anfang August 2018 wurde die Insel
Lombok von mehreren Beben erschüttert, das schwerste am 5. August hatte
eine Stärke von 6,9 auf der Richterskala.
Mehr als 400 Menschen verloren
ihr Leben. Ende September traf es
die indonesische Insel Sulawesi: Auf
mehrere schwere Erdbeben folgte ein
zerstörerischer Tsunami. Mehr als 2000
Menschen sind gestorben, Tausende
wurden verletzt.

"Wir haben sofort Kontakt mit unseren zwei Partnerorganisationen in Lombok aufgenommen und konnten dank der



Mittel aus dem Nothilfefonds sofort mit Hilfsmaßnahmen beginnen", berichtet Jyrine Enteria, Projektkoordinatorin in unserem Regionalbüro Südostasien. Unsere Partnerorganisationen, mit denen wir zwei Entwicklungsprojekte in Lombok durchführen, waren selbst von dem Erdbeben betroffen. Eines der Migrationszentren wurde schwer beschädigt. In Zusammenarbeit mit unseren Partnern haben wir 460 Familien - das sind etwa 2300 Personen - in den Dörfern Sambik Bangkol, Tegal Maja und Medane mit den am dringendsten benötigten Hilfsgütern wie Essen, Hygieneartikel und Decken versorgt. Vorrang hatten hierbei besonders Schutzbedürftige - Waisen, Senior*innen, Familien mit weiblichem Familienvorstand und Familien mit Kindern mit Behinderung.

Netzwerktreffen Nachhaltigkeit

So geht Nachhaltigkeit: Pünktlich zum dritten Geburtstag der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) haben wir in Zusammenarbeit mit dem AWO Bundesverband am 25. September 2018 zum Netzwerktreffen "Nachhaltigkeitsziele in der Wohlfahrtspflege" eingeladen. Vertreter*innen aus 15 AWO-Gliederungen und weiteren Verbänden berichteten aus der Praxis und tauschten sich darüber aus, welche Chancen von den SDG ausgehen und welche Beiträge wir für ihr Erreichen leisten können.

Brigitte Döcker, Mitglied des Vorstands (AWO Bundesverband), fasste im Anschluss den Tag und die Impulse



zusammen und erkannte in der nachhaltigen Entwicklung einen mühsamen Prozess, der vor allem durch mutige, engagierte und überzeugte Praktiker*innen angestoßen wird, die innerhalb der Verbände Wertschätzung erfahren müssen. Um einen Beitrag zur Umsetzung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung zu leisten, lohnt es sich, an den vielen kleinen Initiativen anzuknüpfen und gemeinsam weiterzumachen. Ingrid Lebherz, Geschäftsführerin von AWO International, teilt diese Einschätzung: "Wir haben uns sehr gefreut, wie viel auch in unserem Verband bereits in Bewegung und durch diese Tagung für alle sichtbar geworden ist. Dies reicht von den Umweltdetektiven bis zu Solardächern, Umstieg auf Öko-Strom, Gedanken zu CO₂-reduzierter Ernährung - sehr beeindruckend." Das nächste Netzwerktreffen findet im Zeitraum 24./25. September 2019 statt.

Abschluss des **Jugendprogramms**

Nach zwölf Jahren endet unser Regionalprogramm zur Jugendförderung und Gewaltprävention in Mittelamerika, das wir in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen aus El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Mexiko umgesetzt haben. Mehr als 400 000 Personen konnten wir erreichen, mit dem Ziel, Jugendliche und ihr Umfeld in ihren Rechten zu stärken und durch die Partizipation von Jugendlichen an gesellschaftlichen Prozessen zu einem positiven Wandel beizutragen. Zwölf Jahre, in denen wir stets im Blick hatten, ein Zeichen gegen die schwierige Lebensrealität von Jugendlichen zu setzen - eine Lebensrealität geprägt von



Gewalt, Armut und Perspektivlosigkeit. "Wir blicken mit Stolz auf die letzten zwölf Jahre zurück. In partnerschaftlicher Zusammenarbeit konnten wir nachhaltige Strukturen, insbesondere Jugendgruppen und -netzwerke, aufbauen, die zur Gewaltprävention beitragen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich weiterzubilden und als Gruppe für ihre Rechte einzutreten. Natürlich ist das Ende einer langjährigen Zusammenarbeit traurig. Doch gleichzeitig sehen wir, dass sowohl die Jugendlichen als auch unsere Partner gestärkt aus der Kooperation gehen und sich auch weiterhin für Jugendrechte einsetzen", berichtet Karin Eder, Leiterin des Regionalbüros von AWO International. Unsere Arbeit in Mittelamerika geht natürlich weiter: Schwerpunkte des neuen Regionalprogramms sind die Themen Migration und Entwicklung.

Impressum

10961 Berlin Tel.: 030/25 292 771

Herausgeber: AWO International e.V. Blücherstr. 62/63

Fax: 030/25 292 571

Erscheinungsweise: zweimal jährlich.

mail@awointernational.de

www.awointernational.de

Mitglieder und Spender*innen

erhalten den weitblick kostenlos. Gesamtauflage: 10000 Exemplare. Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Lebherz

> Redaktion: Vassilios Saroglou Bildnachweis:

Gedruckt auf Recyclingpapier

Titel, S. 6-7: Mark Henry/ AWO International. S. 15 Zeichnung: Katharina Garvis. AWO International, wenn nicht anders angegeben. Layout: Marischka Lutz Grafikdesign Lektorat: Patrick Schär/ Torat GmbH, www.torat.ch Druck: Medialis Offsetdruck GmbH. Berlin

















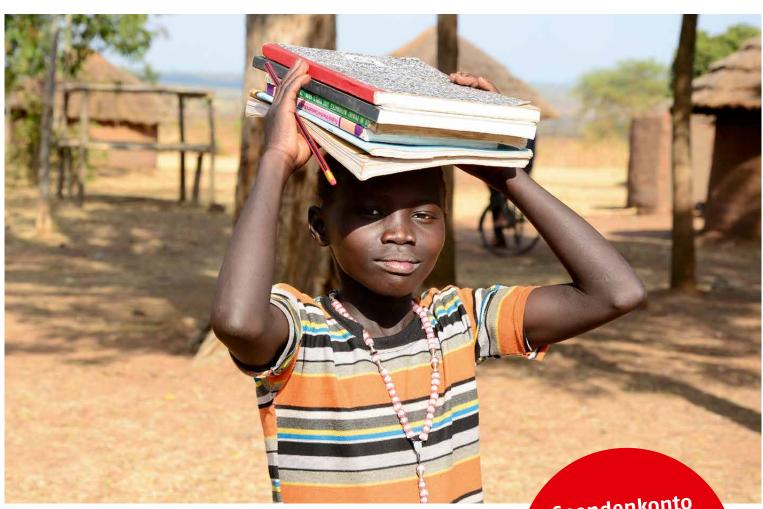






SOLIDARITÄT KENNT KEINE GRENZEN. **AB 2019 IN AFRIKA ENGAGIERT.**

Mehr als 40 Prozent der Menschen in Uganda sind unterernährt. Dennoch nimmt das Land Flüchtende aus den Nachbarländern auf. Unterstützen Sie zum 100-jährigen AWO-Jubiläum unser Engagement in Afrika!



50€

10 Zuchthühner für verbesserte Haushaltseinkommen

100€

400 Obstbaum-Setzlinge für ausgewogenere Ernährung

300€

Hygienepaket und Sanitäranlagen für eine Schule

Spendenkonto

IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00 BIC: BFSWDE33BER

> Bank für Sozialwirtschaft

Vielen Dank für Ihre Spende!





